



So enden Kriege ...

Es gibt viele Diskussionen darum, wo Kriege anfangen, aber es ist immer eindeutig, wo sie enden: Auf einem Soldatenfriedhof.

Als ich das erste Mal an so einem Ort war, war ich überrascht, wie schön es dort war. Es war ruhig, friedlich, idyllisch.

Die Anlage war liebevoll gepflegt, die Bäume, der Rasen und die vielen kleinen, dunklen Kreuze.

372 Gräber, wie ich später erfuhr. Unter fast jedem Kreuz lagen zwei Menschen. Die Todesdaten überraschten mich: Anfang 1945, Anfang April 1945, April 1945, 20. April 1945, 23. April 1945, 29. April 1945 etc.. Sie waren gestorben, als der Krieg schon verloren war. Hat ihnen das damals keiner gesagt?

Ich war auch überrascht, wie viele unbekannte Soldaten es gab. Damit hatte ich nicht gerechnet. Ich zählte 60.

Ein unbekannter Soldat, das heißt, es gibt Familien, Mütter, Ehefrauen und Kinder, die vielleicht auf diesen einen Menschen gewartet haben. Umsonst. Diese Mütter sind nun auch schon lange tot. Sie haben dieses Grab niemals besuchen können. Wie lange mögen sie gehofft haben?

Auch ein Kind lag in einem Grab. Elli Korn, gestorben am 29.04.1945.

Ein totes Kind unter den Soldaten? Elli für Elisabeth, Elvira, Anneliese, Helene? Wie gerät ein kleines Mädchen in einen Kampf zwischen Soldaten?

Der Gedanke an Elli ließ mich nicht los. Ich habe oft an sie gedacht und mich gefragt,

www.Empfehlungen Freier Journalismus

- www.2020news.de
- www.manova.news
- www.reitschuster.de
- www.fairtalk.tv
- www.multipolar-magazin.de
- www.clubderklarenworte.de
- www.apolut.net
- www.ulrich-heyden.de
- www.nachdenkenseiten.de
- www.transition-news.org/uber

Initiativen & Arbeitsgruppen

- www.corona-ausschuss.de
- www.aerzte-fuer-aufklaerung.de
- www.elternstehenauf.de
- www.mwgf.de

was aus ihr geworden wäre, wenn sie damals nicht gestorben wäre. Vielleicht wäre sie nach dem Krieg in dieser Gegend geblieben? Dann hätte ich sie treffen können, als alte Dame, Seniorin und von ihren Enkelkindern geliebte Oma. Vielen von ihnen hätte ich begegnen können, in den 21 Jahren, in denen ich im Wartburgkreis lebe. Und sie hätten mir ihre Geschichten erzählt, wie so viele alte Menschen.

Der Krieg, der ihnen das Leben nahm, ist erst 78 Jahre her.

Es ist nicht möglich hier zu stehen und sich einen Krieg zu wünschen! Wenn sie doch alle herkommen würden, alle Kriegstreiber, alle Ahnungslosen und alle Mitläufer, und die Schriften auf den Gräbern lesen würden, dann würden sie so still werden wie dieser Ort!

Annette Bulmahn

dieBasis-Mitglieder gehen für Frieden auf die Straße

Vom 12. bis zum 23. Juni 2023 fand das größte Luftwaffenmanöver seit Bestehen der NATO über Europa statt. Unter deutscher Führung nahmen bis zu 10.000 Teilnehmer mit 250 Militärflugzeugen über deutschem Luftraum an einer Militärübung mit gefährlicher Stoß-



richtung zu Russlands Grenzen hin teil.

Auch wenn dieses Manöver bereits 2018 geplant wurde, widersprach es in größter Weise dem Friedenswillen der europäischen Bevölkerung.

Während in einem sinnlosen Stellungskrieg in der Ukraine beinahe täglich Hunderte Menschenleben auf beiden Seiten der Front geopfert werden, stellte dieses Manöver eine weitere gefährliche Provokation russischer Sicherheitsinteressen dar und die Menschen in Europa können froh sein, dass es nicht zu einer Eskalation kam.

Zudem ist nicht nachvollziehbar, wie in einer Zeit der wirtschaftlichen Krise Milliarden für ein Kriegsmanöver ausgegeben werden, während es in Bereichen der einfachsten Lebenssicherung überall an Mitteln fehlt.

Darüber hinaus stellt ein solches Manöver eine gigantische Umweltbelastung und Ressourcenverschwendung dar.

Im Juli 2023 nahm dieBasis-AG Frieden mit mehreren ihrer Mitglieder am Friedenscamp „Stopp Ramstein“ vor der Airbase Ramstein in der Nähe von Kaiserslautern teil. Als eine der weltweit größten Luftwaffenstützpunkte der USA auf deutschem Boden spielt die Airbase Ramstein seit Jahren eine entscheidende Rolle beim Einsatz von tödlichen Drohnenangriffen im arabischen Raum und bei der Beteiligung von Kriegseinsätzen der USA bzw. NATO. Auch im Ukraine-Konflikt spielt die Air Base eine entscheidende Rolle zur Unterstützung der Ukraine.

An der Protestwoche gegen die Air Base Ramstein beteiligen sich zahlreiche Friedensinitiativen aus Deutschland.

Für den Herbst diesen Jahres sind weitere Aktionen der Friedensbewegung geplant. Mitglieder und Interessenten der Partei dieBasis sind herzlich zur Unterstützung und Teilnahme willkommen.

Für den 26. bis 28. Januar 2024 plant dieBasis AG Frieden eine bundesweite Friedenskonferenz für Parteimitglieder und Gäste, an der einige Referenten aus anderen Friedensinitiativen teilnehmen werden.

Außerdem hat die Partei dieBasis in einem mehrstufigen Konsensierungsprozess Leitlinien für eine Frieden fördernde Politik verabschiedet, die eine konsequent friedliche Politik umreißen. DieBasis strebt als einzige Partei in Deutschland einen militärisch neutralen Status und - ähnlich der Schweiz und Österreich - den Austritt aus der NATO an.

Die umfassende friedenspolitische Positionierung der Basisdemokratischen Partei Deutschland findet man hier.

<https://diebasis-partei.de/2022/10/leitlinien-fuer-eine-frieden-foerdernde-politik-der-partei-diebasis/>

Die Quellenliste für unsere Beiträge finden Sie auf:

www.diebasis-th.de/zeitung

Impressum:

Basisdemokratische Partei Deutschland
Landesverband Thüringen
Südstraße 15 Geb. 7a
99867 Gotha

Vertreten durch:

Vorsitzender S.-Jarno Bien

Kontakt:

Mail: kontakt@diebasis-th.de

Web: www.dieBasis-th.de

Spendenkonto:

Bank: Sparkasse Mittelthüringen
IBAN: DE61 8205 1000 0163 1384 86
BIC: HELADEF1WEM
V.i.S.d.P. Marcello Stoll

dieBasis für DEMOKRATIE

Herausgegeben durch: Basisdemokratische Partei Deutschland - dieBasis - Landesverband Thüringen - September 2023

Mit Basisdemokratie würde es den Ukraine-Krieg nicht geben



Sehr viele Menschen gehen nicht mehr wählen. Bei der letzten Landtagswahl in Niedersachsen haben 40 Prozent (!) der Stimmberechtigten nicht gewählt. Die Argumentation der Nichtwähler ist dabei oft dieselbe: Es ändert eh nichts, die machen doch sowieso, was sie wollen.

Diese Menschen haben grundsätzlich nicht Unrecht. Die Politik trifft mehr und mehr Entscheidungen, die jeglicher Realität entbehren und dem Wählerwillen widersprechen. Dazu wird der Wähler gezielt getäuscht. Beispiele dafür sind die Aussagen vor der Bundestagswahl.

Ausnahmslos alle Parteien hatten angegeben, keine Impfpflicht einführen zu wollen. Menschen, die in dieser Annahme eine dieser Parteien gewählt haben, wurden betrogen, denn direkt nach der Wahl versuchten die Regierungsparteien, eine allgemeine Impfpflicht für Covid-19-Vakzine einzuführen. Gleiches gilt für Waffenlieferungen in Kriegsgebiete.

Besonders die Grünen warben ihre Wähler mit dem Versprechen „Keine Waffen in Kriegsgebiete“. Kein halbes Jahr nach der Wahl sind sie die größten Befürworter der Waffenlieferungen an die ukrainische Armee. Die vermeintlich linke Bundesregierung hat im Oktober 2022 auch Waffenlieferungen an Saudi-Arabien genehmigt, das seit sieben Jahren einen Krieg gegen den Jemen führte, der nach Schätzungen 380.000 Menschenleben forderte. Zum Vergleich: Bisher gab es im Krieg in der Ukraine etwa 100.000 Todesopfer. Beides ist schlimm genug. Dennoch wird deutlich: Während der russische Angriff das alles beherrschende Thema in unseren Medien ist, hörten wir kaum etwas über den völkerrechtswidrigen Angriff Saudi-Arabiens und auch keinerlei Empö-

rung der Medien darüber, dass die Bundesregierung den Angreifer mit Waffen beliefert. Haben Sie den Namen des saudischen Premiers, Mohamed bin Salman, schon mal gehört? Den Namen Putin vermutlich schon. Die Voraussetzung für demokratische Entscheidungen wäre eine objektive Information über politische Zusammenhänge. Stattdessen arbeiten unsere Medien mit Desinformation und Manipulation. Eine Mitentscheidung zu konkreten politischen Zielen durch Formen der direkten Demokratie ist in Deutschland ohnehin nicht möglich. Wir müssen tatenlos zusehen, wie im „Namen des Volkes“ Wahlversprechen gebrochen und Kriegsparteien und Diktaturen unterstützt werden.

Auch in der Ukraine wird inzwischen alles andere als eine Demokratie verteidigt. Unsere Medien verschweigen, dass Präsident Selenskiy sämtliche oppositionellen Kanäle verboten hat und Kritiker verfolgt, inhaftiert und in einigen Fällen sogar ermordet werden und dass mit den Waffen, die Deutschland liefert, massive Angriffe auf zivile Ziele im



Südosten der Ukraine geführt werden.

Basisdemokratie verfolgt das Ziel, die Entscheidungsgewalt zu dezentralisieren. Damit könnten wir uns vor den Machenschaften der Politikelite schützen. Zur Frage der Waffenlieferungen kommen Umfragen zum Beispiel stets zum selben Ergebnis: Die überwiegende Mehrheit lehnt die Waffenlieferungen in die Ukraine ab und wünscht sich mehr diplomatische Bemühungen. Das Diplomatie-Verständnis der deutschen Regierung zeigt sich derzeit sinngemäß in der Forderung: Wir verhandeln erst mit Russland, wenn es sämtliche besetzten Gebiete geräumt hat. Heißt: Wir verhandeln erst, wenn unsere Maximalforderung ohne jede Diskussion erfüllt wird. Das hat mit

Diplomatie nichts zu tun. Ein Diplomat analysiert den Ist-Zustand an und verhandelt mit dem Gegner, wie man aus dem Konflikt herauskommt.

Aber es gäbe noch einen weiteren basisdemokratischen Weg, den Krieg in der Ukraine zu beenden.

Bereits 2014 haben die Menschen im Donbass mit großer Mehrheit entschieden, dass sie in eigenen Volksrepubliken in freundschaftlicher Beziehung zu Russland leben wollen. Hätte man diese Referenden anerkannt, hätte man den Konflikt lösen können. Diese Lösung wurde schließlich auch mit der Anerkennung des Kosovo gewählt. Anders in der Ukraine, deren Regierung bereits seit 2014 Krieg gegen die selbsternannten Volksrepubliken führt.

Im Herbst 2022 wurden nach dem Einmarsch Russlands entsprechende Volksabstimmungen wiederholt. Eine überwältigende Mehrheit der Menschen in den von Russland besetzten Gebieten hat sich für eine Loslösung von der Ukraine und eine Anbindung an Russland ausgesprochen. Dafür gibt es viele kulturelle, politische und wirtschaftliche Gründe. Und es zeigt den tiefen Wunsch der Bevölkerung nach einem Ende des Krieges. Russland schlägt die Anerkennung dieser Referenden nach dem Vorbild des Kosovo als mögliche Friedenslösung vor, doch unsere „westliche Demokratie“ weist diesen Vorschlag zurück.

Stellen wir also fest: Unsere Regierungen handeln entgegen dem Friedenswillen der eigenen Bevölkerung und haben keinerlei Respekt vor dem Selbstbestimmungswillen der Bevölkerung in den umkämpften Gebieten, beharren auf unrealistischen Maximalforderungen und Waffenlieferungen und treiben damit täglich weitere Soldaten und Zivilisten in den Tod. Das können sie, weil es derzeit keinerlei basisdemokratisches Mittel gibt, um sie an dieser tödlichen Politik zu hindern.

Nur eine real praktizierte Basisdemokratie kann verhindern, dass eine Profit- und Machtgetriebene Minderheit über Tod und Leben einer entmündigten Mehrheit entscheidet.

Dafür setzt sich die Partei dieBasis ein.

dieBasis
Basisdemokratische Partei Deutschland
Landesverband Thüringen

„Die CO2-Theorie ist nur geniale Propaganda“ DIE WELT



Auf der Suche nach wissenschaftlichen Daten und Fakten zum Thema „Klima“, stieß ich auf einen Artikel aus der Zeitung die WELT vom 04.07.2011. Schon damals verwies der Autor Günter Ederer darauf, dass die Treibhaus-Thesen längst widerlegt sind, wie der Wissenschaftsjournalist Nigel Calder, zusammen mit den dänischen Physikern Hendrik Svensmark und Egil Friis-Christensen vom renommierten Niels Bohr Institut 1997 in ihrem Buch: „The manic sun – die launische Sonne“ darstellten. Anhand von Forschungen konnten sie nachweisen, dass die Aktivitäten der Sonne sowie die Strahlungen aus dem Weltall den bedeutendsten Einfluss auf unser Klima ausüben. Ederer zufolge gab es bereits 2011 etwa 800 wissenschaftliche Veröffentlichungen, die die CO2-Treibhausthesen widerlegen. Interessanterweise wollen sich die Anhänger der Klima-Apokalypse-Theorie mit diesen wissenschaftlichen Studien nicht beschäftigen. Falls sie es doch tun, wird es zumindest nicht öffentlich benannt. Mit diesen Erkenntnissen wäre die Flut von Gesetzen, mit denen die Bürger zu immer neuen Abgaben und Steuern genötigt werden, auch nicht mehr zu rechtfertigen.

Auch erweisen sich einige Behauptungen zur Gefahr von CO2 als falsch. So wird etwa behauptet, der Anstieg des CO2 sei eine Folge der industriellen Revolution. Mayers Konversationslexikon (4.Aufgabe) verweist allerdings schon 1888 auf Seite 917 darauf, dass der CO2-Anteil „Kohlensäure (Kohlensäureanhydrid, Kohlendioxid) sich zu etwa 0,04 Prozent in der Atmosphäre befindet...“ Also zu jenem Wert, der heute als Bedrohung für den Planeten betrachtet wird. Weiterhin ist allseits bekannt, dass Pflanzen CO2 zum Wachstum benötigen und ein Absinken der CO2-Werte in der Luft das Pflanzenwachstum auf diesem Planeten bedrohen würde.

Auch in jüngster Zeit haben internationale Forschungseinrichtungen mehrfach das Klima-Narrativ eindeutig widerlegt, wie folgende zwei Zitate belegen:

„Wir können so viel CO2 ausstoßen, wie wir wollen, ohne dass es zu einer Erwärmung kommt. Es besteht überhaupt keine Bedro-

hung durch den Klimanotstand“ W. Manheimer, US Naval Research, USA, Journal of Sustainable Development, Vol. 15 (5) 2022.

„... infolge einer Abkühlung des Nord-Atlantiks wird die globale Temperaturentwicklung in den kommenden Jahren in eine andere Richtung gehen.“

K. Matthes, Direktorin „GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung“ Kiel, J. Jungclaus MPI für Meteorologie“ Hamburg, N.-E. Omrani, „Bjerknescentreforclimate-research“ Norway, Nature Journal „climate and atmospheric science“: 116-134 2020.

Laut wetteronline vom 12.05.2023 wurden an der Forschungsstation Wostok am Kältepol der Erde, außergewöhnlich früh im Jahr, Anfang Mai, Tiefsttemperaturen von minus 76 Grad gemessen.

Wie inzwischen schon üblich, zeigen auch die mainstream-Medien wenig Interesse an fundamentalen, wissenschaftlichen Fakten, wenn sie nicht ins Narrativ passen. Während sie 2011 die grüne Energiepolitik noch kritisch hinterfragten, stimmen sie mittlerweile in die Klima-Hysterie mit ein und verbreiten allorts Alarmstimmung ...



Verantwortlich für die Aufrechterhaltung des irrealen Klimanarrativs ist maßgeblich das internationale Gremium des IPCC, dessen Wissenschaftler die These der menschen-gemachten Klima-Erwärmung angeblich nachgewiesen haben und immer weiter zementieren. Ein kritischer Blick auf diese ausgewählten „Experten“ macht deutlich, dass sie alles andere als unabhängig sind. So spielt auch das Habeck-Graichen-Netzwerk beim IPCC eine entscheidende Rolle. Das IPCC ist maßgeblich für die staatliche Subventionierung ganzer Wirtschaftszweige verantwortlich, die unter dem Etikett „Klimaschutz“ mit Hilfe von Steuergeldern maximale Profite erlangen. Die Auswirkungen dieser Energie- und Klimapolitik sind für die Bürger und das Land katastrophal. Angesichts steigender Energiepreise werden demnächst immer mehr Menschen die eigene Lebenshaltung nicht mehr finanzieren können. Angedrohte

teure Zwangssanierungen und Nutzungsverbote von Öl- und Gasheizungen könnten manch einen in die Obdachlosigkeit treiben. Die grün-ideologische Politik, die leider auch von den anderen Parteien mitgetragen wird, zerstört mit ihren gesetzlichen Auflagen und der Energiepreispolitik darüber hinaus die Wirtschaft und die Landwirtschaft, somit unsere existenziellen Lebensgrundlagen. Als Partei dieBasis fordern wir ein sofortiges Ende dieser von Profitinteressen gesteuerten Politik. (www.welt.de/debatte/kommentare/article13466483/Die-CO2-Theorie-ist-nur-geniale-Propaganda.html)

„Gesund bleiben in diesen Zeiten“

Wenn die Corona-Politik in unserem Land eines ganz deutlich gezeigt hat, dann die Tatsache, dass der (vermeintliche) Kampf um die Gesundheit für einige Profiteure vor allem ein Milliardengeschäft ist. Während Impfstoffhersteller und ihre Investoren sich über gigantische Gewinne freuen durften, ist inzwischen selbst in den sogenannten Leitmedien angekommen, dass die neu entwickelten mRNA-Impfungen auch Impfschäden, zum Teil mit Todesfolge, hervorgerufen haben. Auch wenn man die Zahlen und die Diskussion darüber gern so klein wie möglich halten will, bestreitet wohl kaum jemand mehr, dass die „Gesundheitsvorsorge“ durch die Pharma-Industrie in manchen Fällen schädlich bis tödlich ausgehen kann.

Dem „Geschäft mit der Angst“ liegt ein Verständnis von Krankheit zugrunde, in dem so gut wie jeder Heilungsprozess unweigerlich mit dem „Segen der Schulmedizin“, sprich mit Medikamenten, Operationen oder zum Teil hochgiftigen (z.B. Chemo-) Therapien verbunden ist.

Gerade das Beispiel von Infektionserkrankungen zeigt jedoch, wie hoch der Einfluss nicht pharmazeutischer Parameter auf das Immunsystem und auf Heilungschancen ist. Auch wenn in vielen Fällen schulmedizinische Erkenntnisse und Methoden zur Heilung führen, ist es in einer Gesellschaft, in der medizinische Behandlungen immer auch zum Profit von anderen beitragen, geradezu lebenswichtig, sich mit dem eigenen Gesundheitspotenzial zu beschäftigen.

Als Partei dieBasis wollen wir deshalb ein neues Verständnis von Gesundheit und Krankheit, ganz unabhängig von Profitinteressen, unterstützen. Zunächst ist es uns ein Anliegen, Menschen in ihrer Eigenverantwortung für den Umgang mit ihrem Körper zu stärken. Um Mittel und Wege für Heilung aufzuzeigen und eine andere Sicht auf Körper, Geist und Seele zu eröffnen, luden wir als Stadtverband Weimar die Ärztin

Dr. med. Doreen Jaenichen ein, welche sich neben ihrer schulmedizinischen Ausbildung ein umfassendes homöopathisches Wissen angeeignet, Akkupunktur nutzt, sowohl die Kinesiologie als auch Pflanzenheilkunde, systemische Therapie und Familienaufstellungen in ihre Arbeit zur Heilung einbezieht. Aus ihrem Arbeitsalltag berichtete sie beispielhaft, wie sie Schulmedizin mit integrativen, traditionellen Heilmethoden verbindet und welch enormen Einfluss auf die Heilung auch schwerster Krankheiten die offene Kommunikation zwischen Patienten und Ärzten / Therapeuten hat.



Da Körper, Geist und Seele untrennbar zusammen gehören, so die Referentin, sind es oft besondere Ereignisse, die schockierend, verletzend oder anderweitig bedeutsam waren und ursächlich für eine spätere Krankheit stehen. Dies gilt es im Gespräch herauszufinden, um die anschließende medizinische Behandlung erfolgreich zu initiieren. Statt Symptome zu bekämpfen, gilt es, auf die Ressourcen eines Patienten zu schauen und diese für den Heilungsprozess zu nutzen.

In diesem Zusammenhang war auch ihre Aussage: „Was bei dir bleibt, macht dich krank, was du ausdrückst, heilt“, wegweisend für einen gelungenen Heilungsprozess. Schuldbewusstsein und Scham, Wut und Enttäuschung schlägt sich im Körper ebenso nieder wie Freude, Zuversicht, Vertrauen und Liebe. Da Worte direkt mit unserem Körper und dem Immunsystem vernetzt sind, kann z.B. ein Streit alle Hormon- und Mineralstoffe eines Monats eliminieren. Für eine neue Ausrichtung eines Gesundheitssystems wird es von entscheidender Bedeutung sein, wie es gelingt, das Bild von dem hilflosen Kranken und dem allwissenden Arzt dahingehend zu wandeln, dass Menschen die Signale ihres Körpers verstehen lernen und ihn unterstützen. Dass sie erkennen, welche Möglichkeiten ihnen selbst zur Verfügung stehen, gesund zu sein und zu bleiben.

Beispielhaft benannte Fr. Dr. Jaenichen Möglichkeiten, unseren Körper in jedem Moment des Lebens zu unterstützen: Sei es durch Fasten – es stärkt das Immunsystem, oder durch Pflanzen wie Pfefferminze, Brennnessel, Weihrauch, Safran, Johanniskraut, Weidenrinde und Melisse. Durch ein „Waldbad“ welches den Kortisolspiegel verringert, eine Ernährung, die ausgewogen ist. Nicht zuletzt kann auch Nahrung zum

Heilmittel werden, wenn wir langsam, dankbar und bewusst essen.

Weitere Veranstaltungen zum Thema Gesundheit sind geplant. Bei Interesse bitte melden unter Stadtverband Weimar, weimar@diebasis-th.de .

Christiane Dietrich

Das Konzept der Solidarischen Landwirtschaft

„Die ganze Landwirtschaft - nicht das einzelne Lebensmittel - wird finanziert“

Um gesellschaftspolitisch relevante Themen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, initiierte der Stadtverband Weimar Anfang des Jahres „dieBasis-Vortragsreihe“. In dieser Vortragsreihe werden ausgewiesene Fachleute zu Vorträgen mit anschließenden Diskussionsrunden eingeladen. Den Auftakt bildete das Thema der Solidarischen Landwirtschaft mit einem Landwirt aus der Nähe von Jena. Mit seinem biologisch-dynamischen Landwirtschaftsbetrieb gehört er dem Netzwerk von regionalen Landwirten in der bundesweiten Solidarischen Landwirtschaft an.

Diese Art der Landwirtschaft beruht auf den Ideen Rudolf Steiners, geriet jedoch mit der Ausweitung der industriellen Landwirtschaft zunehmend in Vergessenheit. Seit den 1980er Jahren und vor allem nach dem Jahrtausendwechsel erfährt sie wieder weitere Verbreitung. Zunächst von drei Höfen in den Jahren zwischen 1988 und 2003 in Deutschland begonnen, mündet das Konzept 2011 in der Gründung des bundesweiten Netzwerkes „Solidarische Landwirtschaft e.V.“. Hier sind in Deutschland inzwischen ca. 350 Solawi-Betriebe aber auch interessierte Einzelpersonen organisiert.

Der ausdrückliche Verzicht der biologisch-dynamischen Landwirtschaft auf jegliche staatliche Unterstützung führt zu einem eigenen Wirtschaftskonzept als entscheidendem Kennzeichen der Solidarischen Landwirtschaft. In Form von Selbstverwaltungsstrukturen wird ein assoziatives Wirtschaften umgesetzt. Durch Zusammenarbeit von Landwirten und Abnehmern wird die Landwirtschaft kollektiv bestritten. Als Ergebnis zeigt sich eine gemeinschaftstragende Wissens- und Pflanzenproduktion. Indem die Abnehmer sich an den landwirtschaftlichen Aufgaben durch eigene Mitarbeit und Vorfinanzierung für mindestens ein Jahr beteiligen, unterstützen sie die nötigen Produktionskosten und werden im Gegenzug anteilmäßig mit Ernteerträgen versorgt. Auf diese Weise werden die Lebensmittel in einem eigenen, vom Markt unabhängigen und transparenten Wirtschaftskreislauf vertrieben. Alles, die Mit-

arbeit, die Mitfinanzierung und die Abnahmegarantie der Produkte durch die Abnehmer garantiert dem Landwirt Planungssicherheit, alle Beteiligten teilen sich so die Verantwortung, das Risiko, die Kosten und schließlich die Ernte.

Das Wirtschaftskonzept der Solidarischen Landwirtschaft gilt als Beispiel für eine Wirtschaftsordnung jenseits von Abhängigkeiten übergeordneter Institutionen. Die Ablehnung von staatlichen Subventionen bedeutet Unabhängigkeit vom durch die Märkte hervorgerufenen Wettbewerbsdruck, aber auch Unabhängigkeit von den Vorgaben der Politik. Durch willkürlich sich ändernde Subventionsvoraussetzungen kann die Politik erheblichen Einfluss auf die Landwirtschaft ausüben und sie in eine politisch gewollte Richtung zwingen, die schlimmstenfalls zum Schaden aller führen kann. Gerade in der momentanen Situation, in der die Neufassung des Bundesnaturschutzgesetzes und die Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungs-Verordnung umgesetzt werden sollen, beklagt der bekannteste moderne Landwirt, Anthony Lee, Sprecher der Bauernprotestbewegung "Land schafft Verbindung" (LsV), immer wieder die von diesen Abhängigkeiten hervorgerufenen Zwänge. Im Gegensatz dazu ermöglicht das Wirtschaftsmodell der Solidarischen Landwirtschaft die notwendige Unabhängigkeit, um frei produzieren zu können.



Die Möglichkeit in Freiheit zu wirtschaften, entspricht einem Aspekt, der auch im Parteiprogramm der Partei dieBasis verankerten sozialen Dreigliederung. Als konkretes Beispiel des freien Wirtschaftslebens im Rahmen der sozialen Dreigliederung offenbart das Wirtschaftsmodell der Solidarischen Landwirtschaft über die Lebensmittelproduktion hinausgehende gesellschaftliche und politische Aspekte. Grundsätzlich könnte das Konzept der Solidarischen Landwirtschaft als Vorbild für eine solidarische Ökonomie dienen. Kollektive Strategien könnten auf dieser Grundlage für weitere ökonomische, aber auch gesellschaftliche Bereiche des Lebens entwickelt werden. Synergieeffekte würden damit einhergehen. Auf diese Art und Weise könnte es gelingen, den Gedanken der Sozialen Dreigliederung als wesentliches Gesellschaftsmodell in konkreten Projekten umzusetzen.

www.solidarische-landwirtschaft.org

